



Mietensteuer

Es gibt kaum etwas, worauf keine Steuer erhoben wird. Ein großer Teil unserer Einnahmen geht allein für die Mehrwertsteuer drauf, die wir auf alle Artikel des täglichen Lebens bezahlen. Damit aber nicht genug. Ein Blick auf meine Stromrechnung ärgert mich jedes Jahr. Warum muss ich neben der Umsatzsteuer, die allein einen Anteil an meiner Stromrechnung von 15,97 Prozent ausmacht, auch noch eine Stromsteuer bezahlen mit immerhin 5,31 Prozent Anteil an den Kosten?

Wach geworden bin ich heute früh um kurz nach sechs mit einem Beitrag im rbb24-InfoRadio, in dem von einer „Mietensteuer“ die Rede war, wovon ich noch nichts gehört hatte. Beim Googeln des Begriffs stieß ich auf folgenden Artikel des **Deutsche Institut für Wirtschaftsförderung DIW** vom 8. November 2021:

„Nachdem der Berliner „Mietendeckel“ gescheitert ist, sollen nun große private Wohnungsunternehmen enteignet werden. Dies ist ein weiterer fragwürdiger Versuch, den steigenden Wohnungsmieten in der Hauptstadt etwas entgegenzusetzen. Eine interessante Alternative wäre eine Mietensteuer, die alle ImmobilienbesitzerInnen moderat über die Steuer ‚enteignet‘ – bevorzugt solche, die hohe Mieten nehmen und damit von den erheblichen Preissteigerungen auf dem Berliner Wohnungsmarkt profitiert haben. Eine progressive Mietensteuer mit Grenzbelastungen von zehn bis 30 Prozent auf Nettokaltmieten oberhalb von 110 Prozent der ortsüblichen Vergleichsmiete könnte ein Aufkommen von 201 Millionen Euro im Jahr für Berlin erzielen. Damit könnten beispielsweise die Mieten von 100 000 Wohnungen um 2,50 Euro je Quadratmeter und Monat gesenkt oder jährlich 7500 neue Wohnungen finanziert werden.“

Die beiden Berliner SPD-Abgeordneten **Lars Rauchfuß** und **Mathias Schulz** haben diesen Gedanken aufgegriffen und versuchen ihn jetzt umzusetzen. rbb-Report **Jan Menzel** berichtet: *„Der Mietendeckel ist Geschichte. Ob die Enteignung großer Immobilienkonzerne eine Zukunft hat, ist ungewiss. Zwei Berliner SPD-Abgeordnete bringen nun eine dritte Idee ins Spiel: eine Abgabe für Vermieter, die besonders stark abkassieren.“*

Der Senat prüft. **Lars Rauchfuß** glaubt, *„dass das Instrument hilft, die Mieten zu dämpfen.“* Und **Mathias Schulz** sagt: *„Den Gewinn, den das Land aus*

so einer Abgabe ziehen würde, könnte man zielgerichtet dafür einsetzen, den Wohnungsbau zu fördern, weil wir dann mehr Geld dafür hätten.“

„Allerdings“ heißt es in dem Beitrag von **Jan Menzel**, *„dürfte es ähnlich wie beim letztlich vor dem Bundesverfassungsgericht gescheiterten Mietendeckel auf das ‚Wie‘ ankommen. ‚Für die Umsetzung der Idee einer Steuer fehlt es auf Landesebene an einer Gesetzgebungskompetenz.‘ Bundesländer könnten nur Verbrauch- und Aufwandsteuern erheben. ‚Alternativ bliebe allerdings die Ausgestaltung in Form einer Abgabe.‘ Diesen Weg hatte auch das DIW in seinem Konzept favorisiert.“*



Lars Rauchfuß (links), Mathias Schulz. Fotos: SPD

*„Der Charme dieser Idee wäre, dass wir den Bund dazu nicht brauchen.“, sagt **Mathias Schulz**. „Für Lars Rauchfuß geht es darum, eine ‚rechtskonforme Art der Regulierung‘ als Ersatz für den gescheiterten Mietendeckel zu bekommen. Er gibt auch zu bedenken, dass niemand vorhersagen könne, zu welchem Ergebnis die Expertenkommission kommen wird, die sich im Auftrag des Senats mit dem Volksbegehren zur Enteignung großer Immobilienkonzerne beschäftigt. Deshalb müsse die Mietensteuer zügig vom Senat geprüft und anschließend ein konkretes Modell im Parlament erarbeitet werden. Er hoffe, so Rauchfuß, dass die Mietensteuer noch in dieser Wahlperiode umgesetzt werde.“*

Wie schön wäre doch die Welt, wenn es solcher Eingriffe nicht bedürfte und Vermieter einfach nur die Miete erhöhen, die sie tatsächlich für die Instandhaltung der Gebäude benötigen. Dass sie mit dem Bau einer Immobilie und der folgenden Verwaltung auch Geld verdienen sollen, ist unbestritten. Es kommt nur darauf an, ob jemand auskömmlich und genügend sein will oder raffsüchtig ist. Beide Spezies gibt es.

Ed Koch